



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Türkei 2016

Im März dringen Informationen in die Öffentlichkeit, denen zufolge die Behörden 30 afghanische Flüchtlinge festgenommen und zwangsweise in ihre Heimat abgeschoben haben. Dies geschieht nur wenige Stunden nach dem Türkei – EU Flüchtlingsabkommen, ohne den Flüchtlingen, die wohlmöglich Gewalt durch Taliban ausgesetzt sind, ein Recht auf ein faires Asylverfahren zu gewähren. Das Türkei – EU Flüchtlingsabkommen hat ebenfalls Auswirkungen auf syrische Flüchtlinge, die Sicherheit in der Türkei suchen. Recherchen von Amnesty International (AI) haben erwiesen, dass zumindest 100 Männer, Frauen und Kinder an den südlichen Provinzen, die an Syrien angrenzen, zwangsweise zurück in ihre Heimat abgeschoben wurden. Diese Abschiebungen brechen türkisches, EU und Völkerrecht.

Im Sommer kommt es zu einer militärischen Offensive im Südosten des Landes mit erheblichen Verletzungen der Menschenrechte. Dazu gehören Folter von Zivilisten oder Personen, die zum Kreise der PKK-Sympathisanten gezählt werden sowie Straflosigkeit der Täter. Außerdem kommt es zu Luftangriffen und Bodeneinsätzen auf Wohngebiete, die ganze Stadtteile dem Boden gleich machen. Am 23. Juni verabschiedet das türkische Parlament ein Gesetz und reduziert die juristische Verfolgung und Überwachung von Militärpersonal. Fortan bedarf es der Zustimmung des Premierministers, um gegen Mitglieder des Generalstabs investigativ vorzugehen. Hinsichtlich der Festnahme von 42 Menschen (darunter 26 Männer, 11 Frauen und 10 Kinder) in der Stadt Nusaybin gaben alle Personen an, misshandelt zu worden zu sein. Nach ihrer Freilassung konnten nachweislich Spuren von Schlägen festgestellt werden. Ein 16 jähriger Junge gab an, dass sein Finger gebrochen wurde, nachdem er sich weigerte, ein Dokument zu unterschreiben, dass er nicht gelesen hatte. Außerdem hatte er Schäden an seinem Auge davongetragen, nachdem er verprügelt wurde.

Die Vorfälle lassen an die 1990er erinnern als der Konflikt zwischen türkischen Sicherheitskräften und der PKK gipfelte. Damals hatte AI nachweislich dokumentiert, wie Sicherheitsbehörden Menschen systematisch folterten, „verschwinden“ ließen und Täter nahezu unbestraft blieben.

Nach dem fehlgeschlagenen Militärputsch vom 15. Juli müssen die Menschenrechte gewahrt werden. In der Nacht des Putsches waren 161 Zivilisten und 100 Putschisten getötet worden. Am darauf folgenden Tag wurden 2.839 Menschen festgenommen. Die Türkei blickt auf einen Geschichte von schwerwiegenden Militärputschen zurück, bei der der letzte Putsch von 1980 drei Jahre einer Militärdiktatur und einer verheerenden Situation von Menschenrechten davongetragen hatte. Willkürliche Verhaftungen, Folter in Gefängnissen und außergerichtlich veranlasste Exekutionen waren die Folge. Die Gesetzmäßigkeit und der Schutz der Menschenrechte müssen während der Aufarbeitung, was sich in der Nacht des Putsches zugetragen hat und geplant wurde, geachtet werden.

Nahezu täglich werden die Zahlen nach oben korrigiert. 208 Menschen kamen ums Leben und mehrere tausend werden verhaftet. Misshandlungen finden mehrfach in Haft statt.

Seit dem gescheiterten Militärputsch wurden mehr als 10.000 Menschen festgenommen. Bisher wurde keinen unabhängigen Menschenrechtsorganisationen Zugang zu den Gefängnissen gewährt. Im April wurde die Nationale Menschenrechtsbehörde von staatlicher Seite aufgehoben. Jedoch haben die Polizeibehörden in Ankara und Istanbul nachweislich inhaftierte Personen für 48 Stunden in Stresspositionen gehalten, ihnen Wasser, Nahrung und medizinische Versorgung verwehrt. Es kam auch zu verbalen Misshandlungen und Drohungen. Vereinzelt kam es zu schweren Verletzungen und Folter sowie Vergewaltigungen.

Am 28. Juli hat das türkische Justizministerium Amnesty internationale Berichterstattung über Misshandlungen und Folter in türkischen Hafteinrichtungen kritisiert und als gegenstandslose Vorwürfe und völlig fiktional zurückgewiesen. Als Berichterstattung beruht auf Aussagen von Anwälten, Ärzten und einem Wachmann einer Haftanstalt. Ende des Monats befinden sich 15.000 Personen in Haft.

Am 29.8. – 6.9. hat das *European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment* (CPT) eine Delegationsreise in die Türkei unternommen und Gefängnisse und Polizeiwachen besucht und sich Regierungsvertretern verschiedener Ministerien und zivilgesellschaftlichen Gruppen getroffen. Der Vorwurf von Misshandlungen und Folter in Staatsgewahrsam hält noch immer an und der Zugang von Häftlingen zu Anwälten und Ärzten steht nur begrenzt zur Verfügung. AI fordert von der Regierung, unabhängigen nationalen und internationalen Organisationen den Zugang zu gewähren und überwachen zu lassen. Im November 2016 wird CPT der Regierung einen Bericht vorlegen. AI fordert, diesen der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Im Oktober veröffentlicht AI Zahlen und Fakten, die Menschen, die in Verbindung mit dem Putsch gebracht werden, Gefahren von Folter und Misshandlungen in Haft aussetzt.

Demnach wurden in der Türkei 34.000 Soldaten, Polizeibeamte, Richter, Journalisten, Lehrer und weitere Personen festgenommen ohne richterlichen Beschluss. Gesetzliche Schutzmechanismen, die Menschen vor Misshandlungen und Folter schützen sollen, werden mit dem Eintreten des Notstandes an diesem Tag ausgehebelt. Dazu gehören:

1. Verlängerte Polizeigewahrsam von Terror-Verdächtigen von vier Tagen auf 90 Tage
2. Verbot eines Besuchs durch einen Anwalt von bis zu fünf Tagen und weiterführende Restriktionen
3. Einmischung auf die Kommunikation zwischen Häftling und seinem Anwalt